



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Antrag Nr. 9

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 167. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 14. November 2016

DER BUNDESBEITRAG ZU DEN PENSIONEN IST DAS FUNDAMENT FÜR UNSER SOZIALES UND NACHHALTIGES PENSIONSSYSTEM

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert von der Bundesregierung den Bundesbeitrag als Fundament für unser Pensionssystem nicht in Frage zu stellen.

Das aktuelle Mittelfristgutachten der Pensionskommission zeigt, dass die in den letzten Jahren beschlossenen Pensionsreformen wirken. Die Finanzierung der Pensionen stellt sich bis 2021 deutlich besser dar als noch im Bundesfinanzrahmen angenommen. Laut einer Vergleichsrechnung des Sozialministeriums würde der Bundesbeitrag im Prozent des BIP im Jahr 2021 ohne Reformen 4,1 % betragen, gemäß dem aktuellen Gutachten beträgt er trotz immer noch vorsichtiger Schätzung 3,1 %.

Auch die langfristige Entwicklung ist erfreulich stabil. Nach dem EU Ageing-Report steigen die Bundesmittel bis zum Jahr 2060 bei einer Gesamtbetrachtung von gesetzlicher Pensionsversicherung und Beamten systemen um lediglich 0,5 % an, obwohl um eine Million Pensionen mehr zu finanzieren sein werden, dh die öffentlichen Ausgaben für Pensionen bleiben auch in der langfristigen Perspektive bei rund 6 % des BIP stabil.

Völlig unverständlich in diesem Zusammenhang ist die öffentliche Ankündigung des Finanzministers den Bundesbeitrag um ein Drittel reduzieren zu wollen. Denn trotz der erwähnten Reformen verfügt Österreich über ein Pensionssystem, das vor allem auch für junge Menschen Pensionen gewährleistet, von denen man gut leben kann. Der Bundesbeitrag ist ein wesentliches Finanzierungsinstrument, um die soziale Breite der Absicherung und die Nachhaltigkeit der Finanzierung auch in Phasen von Wirtschaftskrisen zu gewährleisten. Eine Reduktion des Bundesbeitrags kann nur zu willkürlichen Pensionskürzungen führen, die von der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte abgelehnt werden.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig